General-Anzeiger

für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg Amtsgericht und versch. Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. **Bezugspreis:** Vierteljährlich für Abholer M., durch Boten in Kemberg M., in Reuden, Rotta, Lubast, Ateritz, Gommlo und Gaditz M. und durch die Post M.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile Pfg. **Beilagen:** Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 4.00 M., frei Haus 4,20 M., durch die Post einschl. Bestellgeld 4,45 M. **Anzeigen:** Zeile 30 Pf., Reklamezeile 60 Pf., einschl. Steuer.

Nr. 50 — **Kemberg, Donnerstag, den 29. April 1920.** — **22. Jahrg.**

Zur Aufstellung der **Wählerlisten** zur bevorstehenden **Reichstagswahl** werden sämtlichen

Markentascheninhabern

bei der Ausgabe der Zucker- und Milchkarten am Freitag dieser Woche

Haushaltungsausweise

mitgegeben.

Die Ausweise sind spätestens am **Montag, den 3. Mai** wieder im Rathause abgegeben.

Kemberg, den 28. April 1920.

Der Magistrat.

Ausgabe der

Zucker- und Milchkarten

am Freitag, den 30. dies. Mts. Die Markentaschen sind zur Neufüllung abzugeben und die Abschnitte sind beizufügen.

Kemberg, den 26. April 1920.

Der Magistrat.

Auf die grüne Marke Nr. 29 werden

100 g Margarine

für 3.50 Mark abgegeben.

Kemberg, den 28. April 1920.

Der Magistrat.

Politische Tagesübersicht.

Die Schließung des Loches im Westen.

Die interalliierte Rheinlandkommission hatte bis jetzt nur die Verordnung über Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 anerkannt. Nunmehr hat sie auch zur Verordnung vom 22. März 1920 ihre Zustimmung gegeben. Durch letztere Verordnung war die Verordnung vom Januar 1917 dahin ergänzt worden, daß auf Gefängnis und Geldstrafe zu erkennen ist, wenn Waren ohne Einfuhrbewilligungen oder unter Zuwiderhandeln gegen die Einfuhrbedingungen eingeführt werden und daß die betreffenden Waren ohne Entgelt für verfallen erklärt werden müssen. Damit sind sämtliche die Ein- und Ausfuhr regelnden Verordnungen der Regierung auch im besetzten Gebiet anerkannt. Das Loch im Westen ist nunmehr rechtlich geschlossen.

Polen bestätigt die Mobilisierung gegen Deutschland.

Breslau, 27. April. Die polnische Regierung hat eine Anfrage des französischen Botschafters in Warschau bezüglich der polnischen Mobilisation in bejahendem Sinne beantwortet. Die angeblichen Friedensverletzungen durch Deutschland und die Ansammlung sogenannter deutscher Grenzschutztruppen an der Grenze bilden die Motive. Von autorisierter deutscher Seite wird hierzu festgestellt, daß das, was in der letzten Zeit an Truppen in das Grenzgebiet gekommen ist, lediglich an ihren Standort zurückkehrende Soldaten sind.

Königsberg, 27. April. Die polnische Regierung hat, wie aus Thorn gemeldet wird, in den Kreisen Posen und Thorn weitere Mobilisierungen angeordnet. In Posen ist eine große Anzahl schwerer und leichter Geschütze mit französischen Begleitmannschaften eingetroffen. Die eigentliche Ursache des polnischen Vorgehens gegen Deutschland ist eine Militärrevolte in Thorn und Graudenz. Das Schwergewicht der in der Bevölkerung umsichgreifenden Unruhe scheint in dem Verlangen nach Wiederkehr geordneter Zustände, wie sie unter der preußischen Verwaltung bestanden, zu liegen.

Die Erklärung an Deutschland.

Paris 26. April. In der im Anschluß an die Konferenz von San Remo veröffentlichten Erklärung wird betont, daß die deutsche Forderung nach Unterhaltung eines Heeres von 200000 Mann nicht berücksichtigt werden könne, so lange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfülle. Die Alliierten erklären, die Schwierigkeiten der deutschen Regierung nicht zu verkennen und ihr keine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrages aufzuzwingen, betonen aber ihre Einigkeit darin, fortgesetzte Uebertretungen des Versailler Vertrages nicht zu dulden. Die Alliierten seien entschlossen, wenn notwendig, zur Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, versichern dabei aber ausdrücklich, daß sie nicht die Absicht hätten, irgendeinen Teil des deutschen Gebiets zu annektieren.

In der Annahme, daß die zur Sicherung der Ausführungen des Friedensvertrages notwendigen Maßnahmen leichter durch einen mündlichen Meinungsaustausch erledigt werden können, hätten die alliierten Regierungen die Teilnahme der deutschen Regierungschefs an eine direkte Konferenz beschlossen, der alle präzisen Erklärungen und Vorschläge unterbreitet werden möchten. Nach befriedigender Regelung dieser Fragen würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit den deutschen Vertretern alle übrigen Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen.

Nach einer Havas-Meldung aus San Remo hat der Oberste Rat in seiner heutigen Vormittagssitzung endgültig die gemeinsame Erklärung gebilligt. Nitti habe sich gegen die militärischen Maßnahmen ausgesprochen. Lloyd George und Millerand hätten ihm die Notwendigkeit dieser Eventualität bewiesen, der japanische Botschafter Matsui und Hymans, im Namen Belgiens, hätten sich dem französisch-englischen Standpunkt angeschlossen, der schließlich gesiegt habe.

90 Milliarden in 30 Jahren?

San Remo, 25 April. Der Korrespondent der „Daily Mail" in San Remo meldet, daß die Mindestsumme, die vorgeschlagen wird, die Deutschland abzuzahlen habe, 90 Milliarden Mark betragen solle, und zwar zahlbar in dreißig Jahresraten zu drei Milliarden.

Die neue Drohnote der Entente.

Berlin, 27. April. Die von Havas mitgeteilte Note der alliierten Regierungen an die deutsche Regierung ist bisher im Auswärtigen Amt noch nicht eingegangen. An zuständiger Stelle ist einstweilen nur der Havastext bekannt. Man verwahrt sich indessen gegen den Vorwurf, der in der neuen Note gegen Deutschland erhoben wird. Insbesondere wird die Drohung, weitere Gebiete Deutschlands zu besetzen, zurückgewiesen werden, da eine solche Besetzung einen erneuten Bruch des Vertrages darstellen und da kein Paragraph des Friedensvertrages das Recht zu einer solchen Besetzung gebe. Im ganzen ist nach Auffassung an maßgebender Stelle kein Grund für irgend welchen Optimismus vorhanden. Ernste Zurückhaltung scheint unbedingt geboten, besonders deshalb, weil an mehreren Stellen der Havasnote ausdrücklich auf die Einmütigkeit der Entente hingewiesen wird.

Der ängstliche französische Kriegsminister.

Basel, 27. April. Das Echo des Paris meldet: Im Kammerausschuß erklärte der Kriegsminister, die Lage in Elsaß-Lothringen, im Saargebiet und in der besetzten Zone müsse den Gedanken an eine baldige Abrüstung der französischen Armee illusorisch machen. Die Präzenzstücke der französischen Streitmacht müsse mindestens 700000 Mann betragen, die durch Rekrutierung unter den Anwohnern, sowie durch Werbungen noch erhöht werden müsse.

England für Oesterreichs Anschluß an Deutschlands?

Wien, 27. April. Wie unserem Korrespondenten von hiesigen maßgeblichen politischen Kreisen mitgeteilt wird, knüpft man an die jetzige Debatte im englischen Unterhause hier weitgehende Erwartungen. Man nimmt an, daß England nun auch nach Italien seine Anschlußfeindlichkeit aufgegeben habe und daß es nun Oesterreich vielleicht schon in absehbarer Zeit möglich sein werde, den Anschluß an Deutschland durchzuführen. Die Angelegenheit ist zwar vor ihrer Entscheidung noch dem Völkerbundsrat vorzulegen, dieser würde sich aber gegebenenfalls sicherlich nicht gegen die englische Ansicht entscheiden.

Keine deutschen Arbeiter beim Wiederaufbau.

In der ersten Sitzung des deutschen Beirats für Wiedergutmachungsfragen erklärte Geheimrat Doktor Ruppel, Frankreich sei bisher nicht wieder auf das deutsche Anerbieten zur unmittelbaren Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau des zerstörten Gebiets durch Stellung von Arbeitern zurückgekommen, so daß eine solche Beteiligung von Deutschland vorerst nicht in Frage kommen dürfte.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 28. April.

* Ab 1. Mai verkehren die beiden Mittagszüge von Halle bis Berlin und umgekehrt wieder und zwar:

D. 842	Berlin ab	8,13	
	Wittenberg ab	11,40	
	Bergwitz ab	11,59	
	Bitterfeld an	12,50	(Anschluß nach Leipzig 4,07)
	Halle an	1,48	
D 807	Halle ab	10,56	
	Bitterfeld ab	12,40	(ab Leipzig 10,45)
	Bergwitz ab	1,29	
	Wittenberg an	1,46	(Anschluß nach Dessau 2,58)
	Berlin an	5,10	

Der Sommerfahrplan tritt jedoch erst am 1. Juni in Kraft.

* Der Abzug für Lohn oder Gehalt empfangende Angestellte an der Steuerquelle wird noch in diesem Jahre erfolgen. Die Vorbereitungen sind noch nicht beendet. Die Steuerkarte, auf der die Lohnabzüge vermerkt werden, ist fertiggestellt; doch erfordert ihre Drucklegung naturgemäß längerer Zeit. Die praktische Durchführung des im § 45 des Einkommensteuergesetzes vorgesehenen Gehalts- oder Lohnabzuges durch den Arbeitgeber dürfte daher kaum vor dem III. Steuerquartal, d. i. Oktober d. Js. möglich sein. Doch ist daran festzuhalten, daß jeder Arbeitgeber verpflichtet sein wird, für seinen Arbeitnehmer eine Steuerkarte zu führen.

* **Verschmelzung der Mitteldeutschen Privatbank mit der Kommerz- und Diskontobank.** Zwischen der Kommerz- und Diskontobank und der Mitteldeutschen Privatbank wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach sich die Mitteldeutsche Privatbank mit der Kommerz- und Diskontobank vereinigt. Die Kommerz- und Diskontobank wird ihren Namen in „Kommerz- und Privatbank" umändern und ihr Kapital von 85 Millionen auf 200 Millionen erhöhen. Sie gewinnt mit dem umfangreichen Filialnetz der Mitteldeutschen Privatbank ein ausgedehntes Geschäftsgebiet in ganz Mitteldeutschland und Sachsen.

Schmiedeberg, 26. April. Nachdem unser städtisches Moorbad bereits mit dem 15. April den Betrieb wieder aufgenommen hat, beginnt nunmehr mit dem 1. Mai die offizielle Saison. Mit diesem Zeitpunkt setzen in diesem Jahre auch die Saison-Veranstaltungen ein. Die Kurkapelle fängt mit den Kurkonzerten am nächsten Sonntag an und auch das Kurtheater gibt an diesem Tage schon seine erste Vorstellung — Auf dem hiesigen Bahnhof soll ein zweiter Schalter (ausschließlich für 4. Klasse) eingerichtet werden, so daß bei größerem Andrang der Zugang zum Bahnsteig durch den Bahnhofsraum, der Abgang aber durch die Sperre erfolgen wird. — Der Leipziger Verkehrsverein hat sich für eine direkte Verbindung Leipzig—Pretzsch verwendet.

Bitterfeld. Am Sonnabend abend um 5 Uhr kam es auf hiesigem Bahnhof zu einer Schießerei, der leider ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Wie uns mitgeteilt wird, waren mehrere Angehörige der Reichswehr, die angeblich von Wittenberg auf Urlaub fahren und sonderbarer Weise Waffen mit sich führten, mit einigen Arbeitern in Streitereien gekommen. Im Verlaufe derselben gab ein junger Soldat einen Schuß ab, der durch die Wagendecke drang. Als die erregten Arbeiter auf das fragliche Abteil vorgingen, gab ein anderer Soldat blindlings mehrere Schüsse ab, wodurch ein unbeteiligter Arbeiter aus Eilenburg getötet und ein Torgauer Arbeiter am Arm verletzt wurde. Durch die alarmierte Sicherheitswehr wurden die fraglichen Soldaten in Schutzhaft genommen.

Leipzig, 25. April. (Wie Bahnhofsdiebe arbeiten). Zur Warnung für allzu große Vertrauensseligkeit schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten": In der letzten Nacht sind bei der Leipziger Kriminalabteilung häufig Anzeigen darüber eingegangen, daß Reisenden, die bereits einen Zug bestiegen, diesen aber, um eine Zeitung zu kaufen oder aus anderen Gründen, auf kurze Zeit nochmals verlassen hatten, das Reisegepäck gestohlen worden ist. Besonders D-Züge werden von den Dieben bevorzugt. In verschiedenen Fällen hatten sich die Bestohlenen nur wenig Schritte von ihrem Wagenabteil entfernt. Die daraufhin veranlaßte Durchsuchung des Zuges durch herzugeholte Kriminalbeamte ist meist ergebnislos verlaufen, da die Täter inzwischen schon das Weite gesucht hatten. Es mag bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, daß sich im Leipziger Hauptbahnhofe Spitzbuben nicht nur in den Zügen betätigen, sondern es drücken sich dort in den Wartesälen und auf den Querbahnsteigen zu jeder Tages- und Nachtzeit eine große Anzahl dunkler Existenzen umher, die jede günstige Gelegenheit benutzen, um zu stehlen, sei es um aus einem unvorsichtig getragenen Handtäschchen eine Geldtasche, sei es eine Brieftasche aus einem Jakett, oder aber, was in den Wartesälen besonders häufig vorkommt, Gepäckstücke der von Müdigkeit übermannten Durchreisenden. Sehr oft kommt es auch vor, daß Reisende, die sich noch immer nicht bewußt sind, daß die alte deutsche Ehrlichkeit leider vielfach nicht mehr vorhanden ist, einem stockfremden Menschen ihr Reisegepäck auf kurze Zeit in Verwahrung geben, um bei ihrer Rückkehr die schmerzliche Erfahrung zu machen, daß sie einem Gauner in die Hände gefallen sind.

Fortsetzung auf der 4. Seite.

Carmol

tut wohl

bei Rheuma, Hexenschuss, Kopf-, Hals-, Zahnschmerzen

Verlangen Sie in d. Verkaufsstellen **ausdrücklich Carmol.**

Können Sie unsere Präparate am Platze nicht erhalten, so wenden Sie sich, bitte, direkt an uns, wir veranlassen dann Nötiges.

Carmol-Fabrik, Rheinsberg, Mark (304)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192004295/fragment/page=0001

Ein böser Traum.

Das helle Frühlingslicht zeigt in diesem Jahre seltsame Straßenbilder. Neben lustigen, wohlgenährten und sesch gekleideten jungen Leuten erscheinen bejahrte Personen, denen die Sorge und die mangelnde Ernährung aus dem Gesicht spricht, deren Anzug abgetragen und fadenscheinig ist. Die Herren von der Reichsregierung und Nationalversammlung, die Gesetze beschließen und Verordnungen erlassen, haben nur nötig, sich auf der Straße umzusehen, um zu erkennen, wie viel Jammer in Deutschland heute noch steckt, wo das Geld in den Amüsementsstätten fortgeworfen wird. Wie sehr könnte den Arbeitsschwachen oder von Teuerungszulagen nicht begünstigten Personen geholfen werden, wenn nur die Tabakkonsumenten sich eine kleine Enthaltsamkeit auferlegen wollten? Aber daran denkt niemand, und es verlangt schließlich auch niemand, denn immer noch besteht bei den Bedrückten die Hoffnung, einmal müsse doch wieder eine Zeit kommen, wo sie sich satt essen und neue Kleider kaufen können.

Wenn man diese Existenzen, denen es nach einem arbeitsreichen Leben schlechter geht, als in den früheren Jahren ihrer größten Mühen mit den Geldforderungen vergleicht, die heute alle Augenblicke in den Zeitungen zu lesen sind und die als notwendig für ein menschenwürdiges Dasein betrachtet werden, so glaubt man sich von einem bösen Traum befangen. Es gibt Leute, die wie ein Pferd gearbeitet haben, um sich eine bescheidene Ruhe für ihr Alter zu sichern, und die mit 65 Jahren nicht so viel zu verzehren haben, wie junge Burschen von 20 Jahren, die aber als Kapitalisten mehr Steuern zahlen müssen, wie die letzteren. Das ist ein Zustand, der der Gerechtigkeit nicht bloß, nein, auch jedem menschlichen Empfinden Hohn spricht. Und man kann diesen Leuten keinen anderen Vorwurf machen als den, daß sie zu einer Zeit haben arbeiten müssen, in der sie für toll erklärt worden wären, wenn sie Vergütungen, wie sie heute gang und gäbe sind, gefordert hätten.

Auch diese Deutschen sind Opfer des Krieges; man bedauert sie obenhin, aber es geschieht nichts, ihr Dasein zu bessern. Und es wäre doch so leicht. Es brauchte nur allen denen, die nachweislich eine ununterbrochene Arbeitsdauer von 35—40 Jahren hinter sich haben, ein Erlaß an Steuern und eine Ermäßigung der Preise für die nötigsten Lebensbedürfnisse gewährt zu werden, wenn sie kein genügendes Einkommen haben und auch nicht mehr imstande sind, es sich zu erwerben. Nicht sie sind schuld an ihrem Los, sondern die außerordentlichen Verhältnisse, die weder von der Regierung, noch von dem Volk überwunden werden konnten. Dann würde auch der böse Traum verschwinden, der heute lähmend sich auf die Gemüter legt.

In der Reichsverfassung heißt es, daß Arbeit das größte Gut der Nation sei. Diejenigen, die unermüdlich in 40jähriger Arbeitstätigkeit für ihren Lebensabend gespart haben, lieferten damit den Beweis, daß sie dem Vaterlande an Arbeitsgut so viel geleistet haben, wie in ihren Kräften stand. Dagegen ist heute keineswegs immer die Arbeit als das höchste Gut der Nation betrachtet worden, denn es hat nicht an sehr laut vernehmlichen Klagen gefehlt, daß die Arbeitsleistung erheblich gesunken ist. Und trotzdem ist die Bezahlung wesentlich, nicht nur tatsächlich, sondern auch im Verhältnis erhöht worden. Mag das in den heutigen Zeitläuften nicht zu ändern gewesen sein, so ist damit doch die Ungerechtigkeit gegenüber denen klargestellt, die von einem Arbeitsleben für Deutschland nicht das gehabt haben, was ihnen nach dem zukam, was ihnen durch ihre Arbeitstätigkeit gebührte. Die Aufwendungen, die hier in Betracht kommen würden, sind unerheblich gegenüber den Beträgen, die für Beschwichtigung überlauter, aber keineswegs immer begründeter Forderungen ausgegeben werden. Auch in der Arbeitsleistung gibt es Ehrlichkeit und Unehrlichkeit, und die erstere sollte den Vorrang haben. Wm.

Das neue Besoldungsgesetz.

Die neuen Sätze für Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Renten.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf des Gesetzes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zugegangen. Dieser Entwurf stellt die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zum Teil auf völlig neue Grundlagen.

Der Unterschied zwischen Kriegsdienstbeschädigung und Dienstbeschädigung fällt weg. Zur Anerkennung einer Dienstbeschädigung genügt die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhanges der Gesundheitsstörung mit dem Militärdienst.

Den Beschädigten steht Anspruch auf Heilbehandlung, Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel zu, ferner haben sie Anspruch auf unentgeltliche berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit.

Die Grundrente beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Proz. 480 M., um 30 Proz. 720 M., um 40 Proz. 960 M., um 50 Proz. 1200 M. u. 120 M. Schwerbeschädigtenzulage, um 60 Proz. 1440 Mark u. 240 M., um 70 Proz. 1680 u. 360 M., um 80 Proz. 1980 u. 480 M, um 90 Proz. 2160 u. 600 M., bei völliger Erwerbsunfähigkeit 2400 u. 720 M. Beschädigte, die zuletzt einen Beruf ausübten, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten verlangte, erhalten eine Ausgleichszulage von einem Viertel bezw. der Hälfte der Gebührnisse. Blinde erhalten Vollrente.

Für Kinder werden Kinderzulagen in Höhe von 10 Proz. gewährt, auch für uneheliche Kinder, wenn sie vor Anerkennung der Dienstbeschädigung erzeugt wurden. Außerdem erhalten hilflose Beschädigte eine Pflegezulage von 600 M. jährlich, bei dauerndem Krankenlager 900 bezw. 1200 M. Eine Abstufung der Rente nach dem Dienstgrad der Beschädigten findet nicht mehr statt.

Das Sterbegeld beträgt je nach der Ortsklasse 150—300 M. Die Rente wird noch drei Monate nach dem Tode an die nächsten Verwandten weitergezahlt.

Die Witwe des Verstorbenen erhält als Hinterbliebenenrente 30 Proz. der Vollrente, die erwerbsunfähige Witwe 50 Proz. der Vollrente. Waisenrente erhalten sowohl eheliche wie uneheliche Kinder. Sie beträgt, falls die Mutter noch lebt, 15 Proz., andernfalls 25 Proz. der Vollrente des Verstorbenen. Vater, Mutter, Großvater und Großmutter des Verstorbenen haben im Fall der Bedürftigkeit Anspruch auf Elternrente. Sie beträgt für die Eltern zusammen 30 Proz., für Vater oder Mutter allein 20 Proz. der Vollrente des Verstorbenen.

Zu allen Renten auf Grund des Gesetzes werden in den Ortsklassen A bis D Ortszulagen von 10 bis 20 Proz. gewährt.

Hat der Beschädigte ein Jahreseinkommen von mehr als 5000 M. so tritt mit der steigenden Höhe des Einkommens ein teilweises Ruhen der Rente ein, bei einem Einkommen von 14 000 M. oder mehr ruht sieg änzlich. Dies gilt jedoch nicht von Schwerbeschädigten-, Ausgleichs-, Orts- und Pflegerente.

Das Gesetz enthält ein ausdrückliches Verbot an die Arbeitgeber, die Renten zum Nachteil der Beschädigten auf sein Arbeitseinkommen irgendwie anzurechnen.

Das Gesetz wird in der Nationalversammlung wohl noch einige Aenderungen erfahren, denn sämtliche Parteien haben Anträge auf Erhöhung der Grundrente gestellt, denen der Reichsfinanzminister ablehnend gegenübersteht.

Die Finanzen des Reiches.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth über den Ernst der Lage. — Der neue Etat für 1920.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung gab Reichsfinanzminister Dr. Wirth bedeutsame Erklärungen über den neuen Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 ab.

Der Etat für 1920, so führte er aus, sei nur ein Uebergangsetat, sichere Vorveranschlagungen seien wegen der unsicheren politischen und wirtschaftlicher Lage kaum möglich. Nur von dem Aufgebot unserer letzten produktiven Kräfte könne Rettung erwartet werden, weise der Gesamtetat doch eine

Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark

auf, dazu noch die Fehlbeträge aus Post und Eisenbahn von insgesamt 13 Milliarden Mark! Der Haushaltsplan zerfällt in einen ordentlichen Haushalt und in einen außerordentlichen. Im Ordinarium stehen den laufenden Einnahmen in Höhe von 25 Milliarden Mark fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden Mark gegenüber, so daß ein Defizit von 2,95 Milliarden Mark verbleibt.

Die sehr vorsichtig veranschlagten

ordentlichen Einnahmen

setzen sich folgendermaßen zusammen: direkte Steuern und Verkehrsabgaben: 13,8 Milliarden Mark; Zölle, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen: 9,1 Milliarden Mark. Den größten Ertrag brachte hierbei die Kohlensteuer (4,5 Milliarden), die deswegen weiter ausgebaut werden muß.

Die ordentlichen Ausgaben

gliedern sich in fortdauernde Ausgaben in Höhe von 23,8 Milliarden und einmalige Ausgaben mit 4,1 Milliarden Mark. Zu den ersteren zählen die Verzinsung der Reichsschulden (12,4 Milliarden), die Pensionen usw. (3,2 Milliarden) und die Ausgaben für Heer und Marine (1,9 Milliarden) und die ordentlichen Verwaltungsausgaben (6,3 Milliarden). Unter den einmaligen Ausgaben sind 3 Milliarden für die Verbilligung der Lebensmittel hervorzuheben, die durch die mit 3 Milliarden veranschlagten Kriegssteuern ihre Deckung finden.

Zu den

außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 11,6 Milliarden

zählen 5 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages, ein Posten, der so schnell nicht aus dem außerordentlichen Haushalt verschwinden wird. Es sind weiterhin zunächst 1 Milliarde für Tumultschäden und auch dieses Jahr noch 2½ Milliarden für die Abwicklung des Heeres vorgesehen. Zum außerordentlichen Etat gehören dann noch die

Riesenfehlbeträge der Post und der Eisenbahn,

die sich auf 12,9 Milliarden belaufen. Eine Uebernahme solcher Defizits auf die Reichskasse sei unmöglich. Ursprünglich war der Fehlbetrag der Eisenbahnen auf 7 Milliarden veranschlagt, die neuen Forderungen der Beamten und Arbeiter haben ihn jetzt so erhöht. Ueber

die einzuschlagende Steuerpolitik

äußerte sich Dr. Wirth: Bei der Betrachtung solcher Budgetziffern entsteht die Frage nach der Sicherheit und Tragfähigkeit der steuerlichen Grundlagen. Durch die große umfassende Reform der direkten Steuern, jener so heftig umkämpften und angegriffenen Erzberger-Reform, scheinen weitere große Steuermöglichkeiten erschöpft zu sein. Und doch ist das Augenmerk mehr als je auf neue Steuerquellen gerichtet. Es treten heute die großen finanzpolitischen Ueberlegungen in den Vordergrund, die zu Monopolen führen. Darüber hinaus werden in der nächsten Zukunft neue Formen der Besteuerung zu finden sein, nicht so sehr im Steuersystem als in der Verbindung des Steuersystems mit der Wirtschaft. Neue organisatorische Zusammenfassungen, die große Produktionszweige der Wirtschaft zu umfassen haben, werden mit der Steuer in Verbindung zu bringen sein. Hierbei ist die prinzipielle Frage nach der Wirtschaftsform, ob privatwirtschaftlich oder sozialistisch, den politischen Machtverhältnissen zur Entscheidung überlassen.

Die schwere finanzielle Last des Reiches drückt auf das Volk, ohne daß weite Schichten von dem Ernst der Lage Kenntnis haben oder nehmen wollen. Die Verwirklichung der Steuerreform wird von den Landesfinanzämtern und ihren Organen schon in diesem Jahre auf das entschiedenste gefördert werden. Mit dem Steuerproblem ist

das Kreditproblem des Reiches

verbunden. Ein gefestigter Etat, der endlich von einer gut laufenden Wirtschaft getragen wird, dürfte die erste Grundlage für eine Genesung des öffentlichen Kredits bedeuten. Die Reichsfinanzverwaltung wird in absehbarer Zeit an eine Teilkonsolidierung der schwebenden

Die Totenglocke von Stanley Castle.

3. Roman von Ewald August König.

„Notabene, wenn eine solche Nebenlinie vorhanden ist."

„Die Schwester Mylords!"

„Hat sie einen Sohn?"

„Sie selbst lebt nicht mehr, sie heiratete einen Sir Robert Gibson und hinterließ ihm einen Sohn, der nun wohl fünfundzwanzig Jahre zählen muß. Ich habe seit langer Zeit nichts mehr von diesen beiden vernommen, sie werden noch leben und nach dem Tode Sir Edwards sich einfinden, um das Erbe anzutreten."

„Und wie stehen diese Herren mit Mylady?" fragte der Doktor, der mit großer Geschicklichkeit ein gebratenes Hühnchen zerlegte.

„Darüber mag ich keine Frage an Mylady richten," antwortete Missis Soldin kopfschüttelnd, „Tatsache ist es, daß Mylord sich mit seinem Schwager überworfen hat. Seit vielen Jahren ist Sir Robert Gibson nicht mehr in Stanley Castle gewesen, und sein Name durfte in Gegenwart Sir Edwards nicht genannt werden."

„Kennen Sie die Ursache dieses Zerwürfnisses?"

„Nein, es ist stets mein Grundsatz gewesen, Familiengeheimnissen nicht nachzuforschen, wenn sie nicht aus freien Stücken mir anvertraut werden."

„Ein sehr weiser Grundsatz, Missis Soldin," sagte der Doktor, nach seinem Weinglase greifend, „Sie ersparen sich dadurch viel Sorge und Aerger!"

„Ich fürchte aber, wenn dieses Zerwürfnis so tief eingewurzelt ist, wird es sich auch auf die Damen dieses Hauses erstrecken, und in diesem Falle würde Mylady von dem Erben keine Rücksicht erwarten dürfen."

„Mylady besitzt ein sehr großes Privatvermögen."

„Gleichwohl wird es ihr schwer fallen, Stanley Castle verlassen zu sollen."

„Es knüpfen sich für sie nur unangenehme Erinnerungen an dieses Haus, Herr Doktor!"

„Allerdings, es ist wahr, die wenigen frohen Jahre, die sie hier verlebt hat, werden reichlich aufgewogen durch all' die Trübsal, die ihnen folgten," nickte der Doktor, der nun sein Glas austrank und sich erhob. „Wir müssen's geduldig abwarten, wie die Dinge sich hier gestalten werden, wir können ja nicht eingreifen. Nein, nein, schenken Sie mir nicht mehr ein, Missis Soldin, ich muß fort, es wird Abend, und ich habe noch einen hübschen Weg bis zu meinem Hause."

„Wenn nur die Totenglocke in der nächsten Nacht nicht läutet!" seufzte die Haushälterin, während sie dem Arzte das volle Glas noch einmal anbot.

Er blickte sie eine Weile starr an, dann lächelte er spöttisch.

„Sind Sie so abergläubisch?" fragte er.

„Abergläubisch? Nein, aber was ich erlebt und mit meinen eigenen Ohren gehört habe, das lasse ich mir nicht abstreiten," erwiderte sie. „Die Glocke hat auch in jener Nacht geläutet, in der unser junger Herr draußen im Waldsee lag."

„Sie haben haben das Läuten gehört?"

„Sehr deutlich."

„Dann war's wohl nur Einbildung?"

„Spotten Sie nicht, auch Sir Edward hat's in jener Nacht vernommen."

„So hat ein roher Mensch den ruchlosen Streich verübt."

„Die Untersuchung hat nichts ergeben. Wer sollte auch zur Nachtzeit den Mut haben, den Geisterturm zu betreten? Dort oben hängt die Glocke, die in Kriegszeiten als Alarmglocke gedient haben soll, sie läutet von selbst, wenn ein Mitglied der Familie Goredal sterben muß."

„Also daher der Name Geisterturm?"

„Daher!" nickte Missis Soldin.

„So hätte man die Glocke längst entfernen sollen," sagte der Doktor unwirsch, während sie das Zimmer verließen, „es kann ja nur Unheil damit angerichtet werden."

„Wer sie entfernt, ist dem Tode verfallen!"

„Ach was, das sind nur Ammenmärchen, mit denen man wohl Kinder, aber nicht verständige Männer erschrecken kann. Ich will das Wagnis schon unternehmen, und hätte längst mit Mylady darüber geredet, wenn mir dieser Unsinn bekannt gewesen wäre. Es soll morgen geschehen, die Glocke muß fortgeschafft werden."

„Mylord wird es nicht dulden."

„Glauben Sie, daß ich seine Erlaubnis dazu einholen werde? Er soll nichts davon erfahren, es würde ihn nur aufregen."

„Sie würden eine schwere Verantwortung übernehmen!"

„Keinesfalls, Missis Soldin," spottete er, „ich habe dem Tode schon oft ins Auge gesehen, so daß ich ihn nicht mehr fürchte."

Das Pferd des Doktors stand vor der Tür am Fuße der Treppe, der alte Herr schwang sich in den Sattel und nickte der Haushälterin noch einmal freundlich zu, dann ritt er langsam von dannen.

Missis Soldin schaute ihm lange mit ernster, gedankenvoller Miene nach. „Wenn's darauf ankommt, wird er's doch nicht wagen," sagte sie leise, während sie in das Haus zurückging, „es würde ihn sicher das Leben kosten." Sie trat in das große Gesindezimmer, das neben der Küche lag, und fand hier das Dienstpersonal versammelt.

John stand vor dem Kamin, in dem ein Holzfeuer prasselte, Sally und die Köchin saßen am Tische, einem kleinen, hageren Manne gegenüber, der das kahle Haupt auf den Arm stützte und aus einer Tabakspfeife blaue Rauchwölkchen vor sich hinblies.

„Ich will nicht behaupten, daß Ihr ein Dummkopf seid, Tom Garnet," sagte John in seiner ruhigen Weise, „denn Ihr versteht Eure Arbeit, aber in gewissen Dingen kann man mit Eurem Schädel Mauern einrennen. Daß die Toten nicht wiederkehren, das steht so fest, daß Niemand daran rütteln kann, kein verständiger Mensch bestreitet es, und wenn Ihr heute Mittag in den Saal hineingegangen wäret, so würde vor Euren Augen das Phantasiegebilde wie Nebel zerronnen sein."

„Ich wollte, Ihr hättet's gesehen, John," erwiderte Tom, dessen dünne, scharfe Stimme einen zitternden Klang hatte, „Ihr seid ja auch solch' ein ungläubiger Thomas, der alles selbst sehen und hören muß."

„Und auch dennoch nicht an solchen Unsinn glaubt!" spottete John, ohne das mißbilligende Kopfschütteln der Haushälterin zu beachten, „Sir Arthur Goredal ruht in der Familiengruft und seine Gebeine sind längst vermodert."

„Aber seine Seele schwebt über uns," warf Missis Soldin ein, „und daß die Geister der Verstorbenen mit den Lebenden verkehren, das hat schon Mancher erfahren. Was Tom Garnet gesehen hat, ist so außergewöhnlich nicht, John; ich finde darin eine Vorbedeutung, und ich bin nun darauf gefaßt, daß die Totenglocke in den nächsten Tagen läuten wird —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192004295/fragment/page=0002

Schuld herantreten. Sie glaubt als das nächste Mittel hierfür wieder die Sparprämienanleihe ansprechen zu können. Aber auch der Kredit im Ausland bedarf einer sorgfältigen Beachtung. Es steht zu erwarten, daß mit der Konsolidierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die kapitalkräftigen Auslandsstaaten geneigter sein werden, Deutschland Kredite zu gewähren. Ich würde es ganz besonders begrüßen, wenn die schwebenden Verhandlungen mit Holland zu einem guten Abschluß gelangen würden.

Der Finanzminister schloß seine Darlegungen mit den Worten: Wenn auch das finanzpolitische Bild, wie es in diesen Schätzungsziffern sich wiederspiegelt, kein erfreuliches ist, so bleibt doch die Hoffnung, daß durch die Konsolidierung der Finanzwirtschaft des Reiches eine ruhige und stetige politische Entwicklung unseres schwer geprüften Volkes einsetzen wird.

Rundschau.

* **Der Okkupationsdienst** wird den Franzosen eintönig, und die Maßnahmen, die in Oberschlesien und im Maingebiet von ihm getroffen worden sind, lassen nicht gerade darauf schließen, daß sie sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind. Es ist doch kein Zweifel, daß an eine Auflehnung der deutschen Bevölkerung nicht zu denken ist, und bei entsprechender Rücksichtnahme würde die Besetzung ohne Störung vorübergehen. Aber die Geduld des Bevölkerung wird durch Schikanen erschöpft, und es ist kein Wunder, wenn an Stelle des Gefühls der Gedrücktheit der Haß sich bemerkbar macht. Schließlich weiß doch jeder Deutsche, wie der Weltkrieg verlaufen ist, und daß nicht die französischen Armeen es gewesen sind, welche die deutschen Heere geschlagen haben. Es muß an ein altes Wort gedacht werden: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten".

* **Das Betriebsrätegesetz in Oberschlesien.** Die Interalliierte Regierungs- und Plebizit-Kommission in Oppeln teilt dem Ostdeutschen Nachrichtendienst amtlich mit: In einigen Zeitungen wurde in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß die Interalliierte Regierungs- und Plebizit-Kommission für Oberschlesien beschlossen hätte, das Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes zu verhindern. Dies ist nicht der Fall. Soweit diese Frage erörtert wurde, hat die Interalliierte Regierungs- und Plebizit-Kommission sich ihr gewidmet, ohne sich dafür oder dagegen auszusprechen, und die Erklärung abgegeben, daß sie erst nach genauer Untersuchung in der Lage sein werde, einen Entschluß für diese wie für andere Fragen zu finden. Die Interalliierte Regierungskommission hat jetzt beschlossen, daß das Betriebsrätegesetz in Kraft zu treten habe. Der Termin für die diesbezüglichen Wahlen sei noch nicht festgestellt worden. — Man sieht, daß energisches und entschlossenes Auftreten den Entente-Gewalthabern immer imponiert und mehr erreicht, als man je durch kriechendes Nachgeben erreichen würde. Jetzt stellen aber die Beamten und Arbeiter die neue Forderung auf, daß von der Einführung des Paßzwanges in Oberschlesien abgesehen werde, um einer Abschnürung vom Deutschen Reich vorzubeugen. In den Protestversammlungen der gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Beamten forderten die Redner ferner Beteiligung an den Wahlen zum Reichstag und Landtag und der Wahl des Präsidenten.

* **Das Inkrafttreten der neuen Postgebühren.** Die neue Postgebührenordnung, über deren Einzelheiten wir bereits berichteten, wird nunmehr in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung zur ersten Lesung vorgenommen werden. Ueber das Inkrafttreten der neuen Tarife wird, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung, folgendes mitgeteilt: Es ist beabsichtigt, nur die Erhöhung der Brief- und Paketgebühren am 1. Mai einzuführen. Der neue Zeitungsposttarif und die erhöhten Telephon- und Telegraphengebühren sollen dagegen frühestens am 1. Juli in Kraft treten, um den Inhabern von Fernsprechanschlüssen die Möglichkeit rechtzeitiger Abmeldung zu geben. Die Fernsprechteilnehmer müssen sich bis zum 15. Juni schlüssig werden, ob sie zum 1. Juli kündigen wollen.

* **Vom Zentrum.** Der Reichsausschuß der Zentrumspartei hat in seiner Berliner Tagung der Fraktion der Nationalversammlung volle Anerkennung für ihre wertvolle Arbeit am Wiederaufbau des Reiches und sein uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen. Geändert hätten sich nicht die alten Grundsätze des Zentrums, sondern die Zeiten. Die Rechte der Kirche, die Freiheit der kirchlichen Genossenschaften und der christlichen Erziehung seien von der Fraktion nach Möglichkeit gewahrt worden. Volk und Vaterland zu retten, sei eminentes vaterländisches Pflichtgebot, und deshalb habe das Zentrum als Minderheitspartei mit anderen Parteien zusammenarbeiten müssen. Wer ein solches Zusammenwirken beanstande, verfehle sich an Volk und Vaterland. Der Reichsausschuß vertraue darauf, daß die Fraktion unter keinen Umständen eine Nebenregierung von unberufener Seite dulde oder zweierlei Maß in der Anwendung der Gerechtigkeit anerkennen werde. Von dieser Staatsnotwendigkeit dürfe gegenüber dem Hochverrat nicht abgegangen werden, ob er von links oder von rechts gekommen sei.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Termin zu der Wahl des Reichspräsidenten von dem neuen Reichstag festgesetzt werden soll.

° Berlin. Postpakete nach Ostpreußen können nunmehr wieder befördert werden, da Güterzüge durch den polnischen Korridor durchgelassen werden; die Briefpost geht auf dem Seewege.

° Oldenburg. Der oldenburgische Landtag beschloß einstimmig, sich aufzulösen und die Neuwahlen am Tage der Reichstagswahlen abzuhalten.

° Saarbrücken. Nach den eingegangenen Nachrichten der Ententemächte ist bis zur Errichtung des Obergerichts in Saarbrücken weiterhin das Reichsgericht in Leipzig zuständig.

Nitti,
italienischer Ministerpräsident.

In San Remo tagt augenblicklich die Ententekonferenz, auf der auch über das Schicksal Deutschlands mit entschieden werden soll. Im Konzert unserer Gegner spielt der italienische Ministerpräsident Nitti eine hervorragende Rolle, schon deswegen, weil er keineswegs auf dem Standpunkt steht, daß Deutschland vernichtet werden soll. Nitti weiß, daß die Zertrümmerung der deutschen Einheit den Sieg des europäischen Bolschewismus bedeuten würde. Nitti glaubt, hiervon Lloyd George und die amerikanischen Staatsmänner überzeugt zu haben, und hofft auch die Franzosen zu überzeugen.

Allerlei aus aller Welt

* **Die Tumultschäden in Essen.** Die Feststellungen über Art und Umfang der Tumultschäden, die die Stadt Essen während der letzten Unruhen betroffen und zu erheblichen Schadenersatzansprüchen geführt haben, sind gegenwärtig im Gange, jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Erhebungen werden von verschiedenen Stellen vorgenommen. Die bisher bei der Essener Handelskammer vorliegenden Meldungen betreffen in Handelskammer vorliegenden Meldungen betreffen die in keiner Weise die Absicht hatten, sich an irgendwelchen gewaltsamen Auseinandersetzungen zu beteiligen. In 102 Fällen handelt es sich um die Beschädigung von Gebäuden und Zubehör. 189 Fälle betreffen die berühmten „Requisitionen" oder auch Raub und Plünderungen schlechthin. Mehrfach sind dieselben Personen oder Firmen Opfer wiederholter Beraubungen, Erpressungen usw. geworden. Der Entschädigungsanspruch, den sie anmelden, zählt indessen nur als einmaliger. Die Ersatzforderungen, die bisher bei der Handelskammer vorliegen, erreichen die Höhe von 1 851 166 Mark. Ein großer Teil der Geschädigten ist jedoch nicht nicht in der Lage, den Umfang des wirklichen Schadens schon jetzt genau anzugeben. Es ist jedoch anzunehmen, daß die einstweilen nicht bezifferten Forderungen die Höhe der bereits bezifferten mindestens erreichen werden.

* **Unfall eines Polizeiflugzeuges.** Ein Großflugzeug der Breslauer Polizeifliegerstaffel, das zu einem Fluge nach Münster i. W. aufgestiegen war, ist am Freitag nachmittag in Braunschweig, wo es eine Zwischenlandung vorgenommen hatte, abgestürzt. Von den drei Insassen ist einer schwer, die beiden anderen leicht verletzt. Der Schwerverletzte ist der Oberleutnant von Cossel, der eine Wirbelverletzung und Beinbrüche erlitten hat.

* **Das Wieringer Pfarrhaus für den Kronprinzen gekauft.** Wie der Amsterdamer Telegraaf meldet, steht die holländische Regierung mit dem niederländischen reformierten Kirchenrat in Oesterland (Wieringen) in Unterhandlungen über den Ankauf des Pfarrhauses, das der dauernde Wohnplatz des vormaligen Kronprinzen bleiben soll.

* **Das Russengefangenenlager in Merseburg** soll verlegt werden. Militär- wie Zivilbehörden haben die Verlegung bei der Staatsregierung beantragt. Die Verlegung soll damit im Zusammenhang stehen, daß sich die Russen bei den Kämpfen im März besonders „hervorgetan" und sich auch sonst zu einer Art Landplage ausgewachsen haben. Wie in Merseburg verlautet, beabsichtigt die Regierung, die Russen auf Umwegen in ihre Heimat zu schicken.

* **Löschung deutscher Lebensmittel.** Laut „Allgemeen Handelsblad" begann im Rotterdamer Hafen das Löschen der für Deutschland und Oesterreich bestimmten Lebensmittelvorräte, die infolge des Hafenarbeiterstreiks seit längerer Zeit festlagen.

* **Die Jugend von heute.** Recht erbauliche Zustände herrschen in der Lübecker Gewerbeschule. Dort haben die Schüler in der letzten Zeit durch Zertrümmerung der Wandschränke, der Türen usw. einen Sachschaden von rund 50 000 Mk. angerichtet. Die Oberschulbehörde hat nun beschlossen, mit aller Energie gegen diese Zuchtlosigkeit unter den Schülern, die seit der Revolution eingerissen ist, vorzugehen, damit den Schülern wieder Achtung vor dem Staatseigentum beigebracht wird.

* **Die Viehdiebstähle** in Mecklenburg, Lauenburg und Holstein nehmen, wie der „Dtsch. Tagesztg." berichtet wird, in der letzten Zeit wieder in recht bedenklichem Maße zu. Besonders hatten es die Diebe, da Großvieh noch nicht auf die Weiden getrieben worden ist, auf Schafe abgesehen. Ferner werden auch häufig die Schweineställe heimgesucht und Räucherkammern ausgeraubt. Gegen die Uebeltäter wird leider nicht immer mit der nötigen Schärfe vorgegangen. So wurde beispielsweise jetzt in Friedrichstadt ein Arbeiter T. zum dritten Male kurz hintereinander dabei ertappt, daß er geschlachtete Schweine zur Stadt bringen wollte. T. war jedesmal nach Feststellung seiner Räubereien wieder entlassen worden, um erst später abgeurteilt zu werden. Augenscheinlich glaubt nun T., daß es doch eine Strafe sein wird, und so stiehlt er frisch und munter weiter. Vielleicht läßt man ihn jetzt auch wieder laufen, damit die Schafbesitzer bei Friedrichstadt auch ihre letzten Tiere noch los werden. Daß T. vor nichts zurückschreckt, zeigte er bei seiner dritten Festnahme, wo sein und seines Begleiters Widerstand erst durch Anwendung von Schußwaffen gebrochen werden konnte.

Von der „Friedens"-Konferenz.

Die Montags-Sitzungen in San Remo.

Aus San Remo wird gemeldet, daß sich der Oberste Rat am Montag morgen in der Villa Devachan versammelt hat. Er verhandelte über den Frieden mit der Türkei. Nach Rücksprache mit der Redaktionskommission und Prüfung verschiedener Fragen, die noch nicht geklärt waren, wurde beschlossen, die Abgeordneten der türkischen Regierung nach Paris zu berufen, um ihnen dort den Wortlaut des Friedensvertrages vom 10 Mai zu überreichen. Der Oberste Rat hat sich abermals am Nachmittag versammelt. Anwesend waren Lloyd George, Lord Curzon, Millerand, Berthelot, Nitti, Scialoga, Matsui und die Sachverständigen. Der Oberste Rat hat den Antwortentwurf auf die Note des Präsidenten Wilson über die ottomanische Frage geprüft. Er hat dann die Finanzklauseln des Friedensvertrages zu besprechen begonnen. Darauf verhandelte er über Kurdestan. Von den Unterredungen mit Millerand, sagt das „Petit Journal", geht eine optimistische Stimmung aus, aber behaupten zu wollen, daß der Ministerpräsident und Lloyd George nicht nur über die Besetzung der Meerengen, der thrazischen Grenze und in Kurdestan, als auch über die deutsche Frage einig wären, ist verfrüht. Aber die große Linie der orientalischen Politik scheint festzustehen, und das ist ein großer Gewinn. Die Verhandlungen nehmen einen herzlichen Verlauf.

Die Gegensätze in der Entente.

Die „Times" melden aus San Remo: Bei der ersten Besprechung der Ministerpräsidenten am Sonntag abend, die sich auf den Versailler Vertrag bezog, ergaben sich drei verschiedene Auffassungen. Die Franzosen wollen den Vertrag voll und ganz zur Anwendung bringen, die Italiener sind für eine weitgehende Abänderung, Lloyd George will die Ausführung des Vertrages der jeweils gegebenen Lage anpassen. Laut „Times" handeln Lloyd George und Nitti in vollkommener Uebereinstimmung.

Nitti sucht zu vermitteln.

Nitti versucht, zu einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit den Alliierten zu gelangen, welches die Gewährung der Unterstützung für die besiegten Länder in sich schließen soll. Die italienische Delegation strebt darnach, die politischen und militärischen Fragen den wirtschaftlichen Problemen unterzuordnen. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, will Nitti den Grund der Reibungen zwischen den Alliierten aus dem Wege räumen und eine Versöhnungsformel für alle schwierigen Fragen zu finden suchen.

Das heutige Rußland.

In der letzten Zeit bringen die „Daily News" und der „New-York Herold" interessante Berichte ihres Korrespondenten Lincoln Iry aus Sowjetrußland. Iry ist kürzlich nach einem zehnwöchigen Aufenthalt in Rußland zurückgekehrt.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands sei noch nie so kritisch gewesen, wie heute. Selbst wenn sich ein Strom von Lokomotiven, Waggons und anderem Material aus Amerika und London nach Rußland ergösse, bliebe die Frage doch immer in einem kritischen Stadium, denn die Zahl der unbrauchbaren Maschinen wachse schnell. Die Ersatzmaschinen könnten erst nach Monaten anlangen. Außerdem gäbe es kein technisch gebildetes Personal. Die Mehrzahl derjenigen, die als Leiter in Betracht kämen, sind Gegner der Bolschewisten und diese brächten ihnen aus diesem Grunde kein Vertrauen entgegen. **Hunger und Epidemien wüten in den Städten, die Fabriken können infolge Mangels an Maschinen, Rohprodukten und Heizmaterial nicht arbeiten. In Moskau, Petersburg und den anderen größeren Städten sterbe eine Bevölkerung von 8 Millionen fast buchstäblich aus.** Die Lebensenergie sei in einem fast unwahrscheinlichen Maße gesunken. Die Widerstandskraft Krankheiten gegenüber sei derartig gering, daß die leichtesten Erkrankungen immer die schwersten Komplikationen zur Folge haben. Die Menschen sterben infolge von leichten Erkrankungen, von einfachen Verdauungsstörungen, infolge von Erschöpfung. Selbst die Fabrikarbeiter und Eisenbahner werden nicht genügend ernährt.

Viel Aufmerksamkeit wende die Sowjetregierung im Augenblick der Bekämpfung der Epidemien zu. Diesen Kampf hält Lenin für eine der wichtigsten Aufgaben der Sowjetregierung. In einer seiner Reden sagt er: „Entweder der Sozialismus tötet die Läuse oder die Läuse machen den Garaus machen." Die Regierung ist der Ansicht, daß es gelingen werde, die Verbreitung der Epidemien aufzuhalten, wenn genügend Medikamente eintreffen und wenn genügend Aerzte aus der Armee entlassen werden.

Ein russischer Schriftsteller über den bolschewistischen Terror.

Der bekannte russische Schriftsteller Wladimir Korolenko, der in Südrußland einige Monate lang unter dem Regime der Bolschewisten gelebt hat, hat sich einem Vertreter eines südrussischen Blattes gegenüber über den roten Terror geäußert. Die in Paris erscheinende „Obschtschaje Delo" (Die gemeinsame Sache) gibt das Gespräch wieder:

„Die ausgegrabenen Leichen der Opfer sprechen deutlicher als Worte es vermögen. Als ich für die in Poltawa Inhaftierten eintrat, und ich trat immer wieder für sie ein, hieß es immer, sie wären schon erschossen. Ich protestierte dagegen; ich sagte, man dürfe nicht einmal Banditen ohne Gericht erschießen. Ich bin entsetzt und empört über diese Erschießungen bei Nacht und Nebel; man erschießt Menschen wie Hunde. Ein Menschenleben gilt nichts mehr."

= **Zollverkehr mit den verlorenen Gebieten.** Ueber die Zollbehandlung der nach den abgetretenen, Abstimmungs- und besetzten Gebieten gelten folgende Bestimmungen: Elsaß-Lothringen und an Polen abgetretene Gebiete sind in jeder Beziehung als Ausland zu behandeln. Danzig, Memel, sowie die Kreise Eupen, Malmedy sind zwar politisch Ausland geworden, doch ist ihnen zugesichert, daß ihr eigener Bedarf an Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten grundsätzlich im bisherigen Rahmen von Deutschland aus versorgt werden soll. Formell bedarf es zur Ausfuhr dorthin der Ausfuhrbewilligung. Das Saargebiet ist politisch zwar Inland, durch seine Einbeziehung in das französische Zollsystem jedoch Zollausschlußgebiet geworden und daher hinsichtlich Ein- und Ausfuhr zu behandeln. Die Abstimmungsgebiete sind Inland und durchaus als solche zu behandeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192004295/fragment/page=0003

Halle. (Bierstreik der Wirte.) Der Wirte-Verein beschloß in einer Sitzung am Montag den Bierbezug von den Hallischen Brauereien solange einzustellen, bis die den Wirten in Aussicht gestellten Verhandlungen zu Ende geführt sind. Die Brauereien hatten einer Verhandlung bereits am Sonnabend zugestimmt, ließen aber im letzten Augenblick abfagen

Aus Thüringen, 26. April. (Ein kurioser Schulstreik.) Gegenwärtig wird die weimarische Gemeinde Vogelsberg durch einen Schulstreik in Erregung versetzt, von dessen Anlaß man sagen darf: noch nicht dagewesen. Der dortige Lehrer hatte sich vermessen, über die Mangelhaftigkeit seiner Wohnung im Schulhause zu klagen und bei der Gemeindeverwaltung Abhilfe zu verlangen. Als man ihm die kalte Schulter zeigte, wiederholte er nachdrücklich sein Gesuch. Das erforderte Sühne: um den neuerungssüchtigen Schulmeister zur Raison zu bringen, halten seit acht Tagen die Eltern ihre Kinder vom Schulbesuch fern. Zwei Kinder wurden allerdings zu Streikbrechern, aber auch diese beiden Arbeitswilligen werden wohl die Arbeit niederlegen müssen, da ihnen von den Streikenden Prügel drohen. Man ist gespannt, welche Stellung die etwas links gerichtete Staatsbehörde in Weimar in dem Streik einnehmen wird.

Weißenfels, 27. April. (Liebesdrama.) In Zetsch unterhielt der Gutsbesitzerssohn Reichardt mit dem Dienstmädchen des Hauses ein Verhältnis, gegen das sich die Angehörigen des R. sträubten. Nach einer erregten Szene mit Vorwürfen griff R. nächtlicherweile zum Revolver, erschoß das Mädchen und verletzte sich so schwer, daß morgens ebenfalls der Tod eintrat.

Bernburg, 24. April. (Ein seltsames Versteck.) Der Einbrecher Jakobi, der seinerzeit das Dessauer Museum plünderte und bald nach seiner Verhaftung entsprang, wurde hier festgestellt. Er wohnte unbemerkt von der Herrschaft im Hause eines hiesigen Geistlichen beim Dienstmädchen. Die romantische junge Dame hatte den zweifelhaften Gast bereits drei Tage und drei Nächte als Logierbesuch aufgenommen. Als die Polizei den Herrn im Pfarrhaus aufspürte, sprang er in mächtigen Sätzen davon und ward nicht mehr gesehen.

Wernigerode, 16. April. (Diebstahl einer Münzsammlung.) Diebe drangen hier nachts in eine Villa ein und stahlen eine große Menge Wertsachen, darunter eine reichhaltige Münzsammlung im Werte von über 50000 Mk.

Kirchliche Nachrichten.

Donnerstag, den 29. April, abends 8¼ Uhr: Bibelstunde in der Schule. Pfarrer Mühl.

Streu-Verpachtung

Donnerstag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr, sollen auf Albrechtshaide

ca. 8 Morgen Nadelstreue

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung versteigert werden. Sammelplatz bei **Pannier.** **Der Besitzer**

Auch werden Männer und Frauen zum Torfstechen dortselbst angenommen.

40 Pfd. gar. inländischen

Kiefernsamen

gibt ab

Barthelmann, Ziegelei Niemitz bei Kemberg

Bettzeuge, Inlett, Blaudruck

Barchent, Hemdentuch, Taschentücher

Wolle = Baumwolle = Nähfäden

Herren- u. Knabenanzüge

Arbeitsjacken und Hosen

empfiehlt

August Schulze

Markt 2 Telefon 100

Eine Färse

½ bis ¾ Jahr alt, zu kaufen gesucht. Wo sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Glucke m. Kücken

1 Hahn

Ziegenlämmer

zu verkaufen **Kreuzstraße 14**

Frischmilch. Ziegen

verkauft

O. Koppisch

Achtung!

Geflügel aller Art

Gänse, Truthühne, sowie Hühner, Enten, Hähnchen (Schlachtvieh) kauft zu den Höchstpreisen **Albert Becker**, Leipziger Neum. 13

Suche einige Paar

Tauben

Feldflüchter, zu kaufen. Angebote an die Geschäftsstelle des General-Anzeiger unter **G. H. 50**

Eiserner Ofen

nebst Zubehör zu verkaufen

Fr. Genzel

K. Vollheringe

eingetroffen

— **Wwe. Wilh. Becker** —

Kali 50|53%

Kainit

Dünge- u. Zementkalk

Rohrgewebe

sowie

Runkelrübenkerne

Seradella

Rotklee und Knieling

hat auf Lager

Quilitzsch Nachf.

Poetzsch-

Röstkaffee

empfiehlt **Ww. W. Becker**

Bei Rheumatismus, Gicht, Gliederreissen Steifheit der Gelenke, Gliederlähmung, gebrauche man

Draesels Rosenstengelspiritus

Als Einreibe- und Massagemittel seit altersher angewandt. Flasche 7.50 M.

Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 366

Jeden Posten **ausgekämmtes**

Frauenhaar

kauft, kg bis 65 M.,

Walter Morawietz

Friseurmeister

Ein Paar guterhaltene

Militärschuhe

sind zu verkaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

L. E.! Empfange zum Geburtstage unsre besten Wünsche. Besonders gute Besserung. Böse Menschen sagen nämlich: „Furcht hat er wohl, aber keine Besserung." Und „Da ist der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert." Also wähle! „So sei gegrüßt viel 1000×."

Von deinen Freunden.

Bindfaden-Packstricke

Papier und Hanf

liefert zu Fabrikpreisen

Fr. Staritz jr.

Wittenberg Neustr. 8.

Verlangen Sie Muster.

Bei Schlaflosigkeit

nervöser Ueberreiztheit durch Berufsarbeit, nervösen Herzklopfen, nervösen Kopfschmerzen, Neurasthenie, Epilepsie, Neuralgie nehme man

Draesels Brombaldrianelixier

F. L., Bräunerode b. Hettstedt schreibt am 12. 2. 20. Ihr Brombaldrianelixier leistet nur gute Dienste.

J. G., Althaldensleben, schreibt am 20. 2 20. Gegen Schlaflosigkeit hat mir Ihr Brombaldrianelixier sehr gut geholfen.

A. F., Reichenbach i. Schl., schreibt am 17. 1. 20. Meine Frau litt schon längere Zeit an nervösen Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Schwindelanfällen, seit dem Gebrauch v. Ihrem Brombaldrianelixier ist es bedeutend besser.

Frau M. K., Pankow, schreibt am 29. 10 19. Ihr Brombaldrianelixier ist ausgezeichnet.

Flasche Mk. 7.50

Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 366

Hochfeines Apfelmus

mit Zucker gesüßt

als Brotaufstrich empfiehlt billigst

C. G. Pfeil

Empfehle:

Rhabarber

Spinnat = Salat

Kohlrüben

Hermann Dietrich

Weinbergstr. 22

Nachtwächter

für hiesiges

Sägewerk

sofort gesucht. Meldungen an

Administrator G. Koehn

Rittergut Cossa bei Söllichau

Ein älteres, zuverlässiges

Hausmädchen

für Wittenberg zum 1. Juli gesucht Gute Bezahlung und Behandlung zugesichert. Meldungen erbittet

Wilhelm Rudolph

am Bahnhof Kemberg

Arbeiter-Radfahrer-Verein

Frisch Auf

Sonntag, den 2. Mai, nachmittags 3 Uhr im Volkshaus

Versammlung

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung der Ausfahrt zum Gaufest
2. Abrechnung vom Vergnügen

Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Preiswerte

Kinderhemden

sind wieder eingetroffen

Wilhelm Weydanz

Einkoch-Dampfapparate

in Emaille und Zink

Einkochgläser in allen Größen

echte rote Gummiringe

empfiehlt zu Tagespreisen

Paul Elstermann, Kemberg, Leipzigerstr.

Aufruf zur Maifeier!

Das Gewerkschafts-Kartell veranstaltet am 1. Mai nach untenstehendem Programm seine

Maifeier

und beehrt sich, die geehrte Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend zu reger Beteiligung einzuladen. Das Gewerkschaftskartell

Festordnung:

Vormittags 10 Uhr: öffentliche Versammlung im Volkshaus

Nachmittags 1 Uhr: Abmarsch vom Volkshaus nach Waldhaus Niemitz, daselbst Kinderbelustigung

Abends **Ball** im Volkshaus und Hotel zur Post

Handwerker-Verein Schnellin-Merkwitz

Zu der am Sonnabend, den 1 Mai im Goedeckeschen Lokale stattfindenden

Maifeier

ladet freundlichst ein **Der Vorstand**

Uthausen

Sonnabend, den 1. Mai

Vereinskränzchen

bei vollem Orchester der Kemberger Musikvereinigung I. A. Schulze

Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Für die uns zu unserer Vermählung so zahlreich dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen innigsten Dank

Karl Rupprecht und Frau
Margarete geb. Richter

Redaktion, Druck und Verlag Richard Arnold :-: Kemberg (Bez. Halle a./Saale) — Fernsprecher Nr. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192004295/fragment/page=0004